



20.3021

**Motion Haab Martin.
Importverbot für tierquälerisch
erzeugte Stopfleber**

**Motion Haab Martin.
Interdire l'importation du foie gras**

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 28.02.22

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 15.06.23

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 14.09.23

Antrag der Mehrheit

Annahme der modifizierten Motion

Antrag der Minderheit

(Graf Maya, Crevoisier Crelier, Zanetti Roberto)

Annahme der Motion

Proposition de la majorité

Adopter la motion modifiée

Proposition de la minorité

(Graf Maya, Crevoisier Crelier, Zanetti Roberto)

Adopter la motion

Präsidentin (Häberli-Koller Brigitte, Präsidentin): Sie haben einen schriftlichen Bericht der Kommission erhalten.

Würth Benedikt (M-E, SG), für die Kommission: Ich darf, ich muss Ihnen als Präsident der WBK von der Beratung der Kommission über die Motion 20.3021, "Importverbot für tierquälerisch erzeugte Stopfleber", berichten. Die WBK muss sich in grossem Masse mit dem grenzüberschreitenden Handel von Lebensmitteln und den entsprechenden Tierschutzanliegen befassen. Wir haben uns in dieser Session bereits mit den von Affen gepflückten Kokosnüssen befasst. Es sind noch einige weitere Vorstösse in der Pipeline. Sie müssen sich also an diese Thematik gewöhnen.

Da der Lebensmittelsektor einerseits auf einen funktionierenden grenzüberschreitenden Handel angewiesen ist und andererseits Tierschutzanliegen im Raum stehen, ergeben sich zwangsläufig Spannungsfelder und daraus eben auch politische Forderungen. Konkret geht es hier wiederum um Deklarationspflichten und um Importverbote. Sie erkennen, dass hier die Eingriffsschwelle natürlich unterschiedlich hoch ist. Importverbote sind das härteste Mittel in diesem Kontext, Deklarationspflichten das abgeschwächte Mittel. Der Bundesrat hat am 5. April 2023 angekündigt, dass die Produktionsmethode von bestimmten tierischen Lebensmitteln wie Froschschenkeln oder eben Stopfleber künftig deklariert werden muss.

Ausgangspunkt ist die Motion WBK-S 20.4267, "Deklaration von in der Schweiz verbotenen Produktionsmethoden", die schon verschiedentlich zitiert worden ist und die wir angenommen haben. Das ist quasi das Fundament oder das Dach für die verschiedenen Diskussionen. In dieser Motion wird der Bundesrat beauftragt, die Kundentransparenz bei pflanzlichen und tierischen Erzeugnissen zu verbessern, indem er die Produktionsmethoden, die in der Schweiz verboten sind, der Deklarationspflicht unterstellt und die Deklaration so gestaltet, dass Produktionsart und Herkunft klar ersichtlich sind. Dabei ist zu berücksichtigen, dass neue Deklarationspflichten drei Kriterien erfüllen müssen: Sie müssen klar definierbar sein, sie müssen völkerrechtskonform sein, und sie müssen auch durchsetzbar sein.



Wie verhält sich das nun mit Bezug auf die Motion Haab 20.3021? Wie sieht das in Bezug auf diesen Kriterienraster aus? Gemäss Bericht des Bundesrates vom 5. April ist eine Deklaration hier machbar. Dies hat die Kommission darum aufgenommen, und darum beantragt Ihnen die Kommission auch Änderung dieser Motion. Des Weiteren hat das BLV im Jahr 2021 zusammen mit dem SECO eine Regulierungsfolgenabschätzung zur Einführung dieser Deklarationspflichten durchgeführt. Sie wurde Anfang 2022 publiziert und hat ergeben, dass eine Deklarationspflicht bei Stopfleber zielführend ist, weil sie die Transparenz erhöht. Der Bundesrat hat sich dieser Position angeschlossen. Er betrachtet die Erhöhung der Transparenz als genügenden Grund, um die Deklarationspflicht einzuführen, und die Kommission hat sich dieser Haltung angeschlossen.

Generell vielleicht nochmals zu den Deklarationspflichten: Eine Deklarationspflicht soll so ausgestaltet sein, dass sie völkerrechtskonform und auch vollziehbar ist; ich habe das erwähnt. Und das muss von Fall zu Fall angeschaut werden. Wir müssen uns auch bewusst sein, dass die Schweizer Tierschutzvorschriften zum Teil sehr spezifisch und detailliert sind. Wenn man nun alles, was von diesen Vorschriften abweicht, als deklarationspflichtig erklärt, wird man Hunderte von Produkten haben, die der Deklarationspflicht unterstehen. Das führt im Ergebnis zu Handelshemmnissen, und das wird zu einem Problem in Bezug auf die WTO-Regeln. Auch die Frage einer Diskriminierung käme in diesem Fall ins Spiel. Wenn es zum Beispiel in der Schweiz so wäre, dass für Kühe 20 Quadratmeter zur Verfügung stehen müssten und in einem anderen Land die analoge Norm einfach bei 19,8 Quadratmetern liegen würde, dann wäre eine Deklarationspflicht natürlich unverhältnismässig und auch diskriminierend. Von dem her möchte der Bundesrat die Deklarationspflicht auf bestimmte Bereiche beschränken.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch das internationale Normenkonzept, das im Rahmen der World Organization for Animal Health entwickelt wurde. Es geht hier um fünf Leitprinzipien. Ein wichtiges Leitprinzip ist "freedom from pain". Den Tieren soll also kein Schmerz zugefügt werden. Der Bundesrat orientiert seine Vorschläge für Deklarationspflichten genau an diesem internationalen Standard. Vor diesem Hintergrund ist die Kommission zur Auffassung gelangt, dass eine solche Deklarationspflicht unter Berücksichtigung all dieser Aspekte zweckmässig und auch umsetzbar ist.

Nun zum Importverbot: Das ist der Ursprung dieser Motion. Wir haben in diesem Zusammenhang das Bundesamt für Justiz beauftragt, Auskunft darüber zu geben, inwieweit Importverbote für tierquälerisch erzeugte Stopfleber mit den Verpflichtungen der Schweiz gemäss internationalem Handelsrecht vereinbar sind. Die Antworten hat uns der Bundesrat ebenfalls Anfang April dieses Jahres vorgelegt.

Im Zusammenhang mit den Importverboten muss man sich bewusst sein, dass das eine relativ harte, potenziell WTO-widrige Massnahme ist. WTO-rechtlich sind solche Importverbote im Grunde genommen nicht zulässig. Ausnahmegründe sind der Schutz der öffentlichen Moral und die offensichtliche Gefährdung von Leben und Gesundheit. Auf diese Tatbestände stützt sich auch die Minderheit ab. Es gelten aber auch dann, wenn man diese Tatbestände anwenden möchte, die Gebote der Nichtdiskriminierung und der Verhältnismässigkeit.

Weiter darf man nicht vergessen, dass wir mit Importverboten nicht nur in der WTO Probleme bekommen können, sondern auch mit der Europäischen Union. Solche Importverbote würden nämlich auch gegen das Landwirtschaftsabkommen mit der EU verstossen. Das wäre in der Praxis wahrscheinlich das grössere Problem als die WTO. Man muss allerdings

AB 2023 S 668 / BO 2023 E 668

einräumen, dass auch in der EU ähnliche Verbote erörtert werden, wie wir sie jetzt diskutieren. Wenn sie beschlossen würden, käme die EU auf die Liste mit den Ländern, für deren Produkte keine Deklarationspflicht gilt.

Insgesamt befinden wir uns hier also in einem kritischen Feld, und die Kommissionsmehrheit hat gesagt, dass wir aufgrund dieser Überlegungen kein Importverbot verantworten können. Namens der Kommission bitte ich Sie entsprechend auch, auf eben diese Linie einzuschwenken.

Wir haben uns dann noch ein paar weitere Fragen gestellt und in der Kommission diskutiert. Zuerst die Frage des Vollzuges: Wenn wir wirklich so viele Produkte haben, die unter die Deklarationspflicht fallen, gibt es im Vollzug ein Problem. Hier braucht es also ein gewisses Augenmass. Im Vollzug muss entsprechend eine hohe Prüfungsintensität an den Tag gelegt werden, und das braucht sehr viele Ressourcen. Wir können nicht einfach nur Deklarationspflichten beschliessen, wir müssen sie auch konkret umsetzen. Sie müssen sich vorstellen: Das bedeutet ganz konkret, dass ganze Lieferketten zurückverfolgt werden müssen. Der Bundesrat hat sich dafür ausgesprochen, sich beim Vollzug am Modell der landwirtschaftlichen Deklarationsverordnung zu orientieren.

Ein zweiter Punkt, den ich hier noch anfügen möchte, ist der internationale Vergleich. Wir haben uns auch die Mühe gemacht, zu schauen, wie andere europäische Länder den Import von Stopfleber handhaben. Es



gibt und gab Bestrebungen für Verbote des Importes von Stopfleber, aber – und das ist jetzt wichtig für die Entscheidungsfindung – es ist nie ein solches Verbot in Kraft gesetzt worden. Man muss in diesem Kontext eben unterscheiden: Zwar ist die Produktionsart in der Schweiz verboten, wie in vielen anderen Ländern übrigens auch. Das bedeutet aber keineswegs, dass daraus zwangsläufig auch ein Importverbot abzuleiten ist. Diese Differenzierung ist für die Entscheidungsfindung bei dieser Motion zweifellos wichtig.

Ein nächster relevanter Punkt: die Beziehungen zu Frankreich. Auch diese haben wir einlässlich diskutiert. Wir haben uns die Frage gestellt, welche Reaktionen hier allenfalls resultieren könnten. Sie wissen, dass Foie gras in Frankreich ein, ich würde sagen, kulinarisches Kulturerbe darstellt. Natürlich hat auch Frankreich auf diese Diskussion reagiert. Sie haben sich auch eingebracht. Frankreich ist auch besorgt, was die Diskussion in der Schweiz anbelangt. Das muss man insgesamt auch ernst nehmen. Wenn wir hier tatsächlich gegen das Landwirtschaftsabkommen verstossen würden, dann hätten wir es nicht nur mit Frankreich zu tun, sondern dann hätten wir auch eine Herausforderung im Handelsverhältnis mit der EU.

Ein nächster wichtiger Punkt, wieder mehr innenpolitisch, ist die Frage des Einkaufstourismus in der Westschweiz. Hier müssen also gewerbliche Argumente abgewogen werden. Es geht natürlich nicht nur um das Produkt Foie gras. Die Befürchtungen in der Westschweiz gehen in die Richtung, dass viele Leute, vor allem wenn es um den Weihnachtseinkauf geht, über die Grenze gehen und dort dann nicht nur Foie gras kaufen, sondern auch den ganzen Weihnachtseinkauf erledigen. Darum haben gewerbliche Kreise in der Westschweiz natürlich Vorbehalte, sind gegen diese Motion und befürchten hier aufgrund dieses Mitnahmeeffekts auch eine Zunahme des Einkaufstourismus.

Ein letzter Punkt, der in der Kommission diskutiert wurde, betrifft den Vollzug. Wie, auf welcher rechtlichen Basis wollen wir diese Deklaration vollziehen? Hier bieten sich im Grunde genommen zwei Varianten an: Lebensmittelrecht oder Tierschutzrecht. Wir haben uns überzeugen lassen, dass eine Umsetzung im Rahmen des Lebensmittelgesetzes zweckmässig wäre; dort besteht ein Vollzugsapparat mit den Kantonschemikern. Das ist bei der Tierschutzgesetzgebung weniger der Fall. Das ist für uns eigentlich auch klargeworden. Im Grunde genommen spielt es nicht so eine Rolle, auf welcher gesetzlichen Grundlage der Vollzug erfolgt. Die Hauptsache ist, dass er wirksam erfolgen kann.

Ich komme zum Fazit. Die Kommission schlägt Ihnen in Übereinstimmung mit dem Bundesrat – ich gehe einmal davon aus, dass sich der Bundesrat aufgrund seiner Position jetzt auch der geänderten Motion anschliessen kann – eine Änderung vor, dies aus folgenden Gründen:

1. Das Prinzip der Verhältnismässigkeit wird gewahrt.
2. Diese Lösung wäre auch mit dem internationalen Handelsrecht konform.
3. Die Kommissionsmehrheit betrachtet die Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten als mündig, d. h., es ist nicht Aufgabe des Staates, zu entscheiden, was auf ihren Teller kommt und was nicht.
4. Wir wollen auch Rücksicht nehmen auf die unterschiedlichen Essgewohnheiten in unserem föderalen Land. Es soll hier nochmals unterstrichen werden, dass Foie gras in der Westschweiz einen anderen Stellenwert hat als in der Deutschschweiz. Ein Importverbot würde in der Westschweiz den Einkaufstourismus anheizen. Das wollen wir nicht.

Ich komme zum Abstimmungsergebnis: Es lag der Kommission kein Antrag vor, die Motion abzulehnen. Wir hatten eigentlich nur die Frage zu entscheiden: Annahme der Motion oder Zustimmung zur abgeänderten Motion? Die Kommission hat mit 9 zu 3 Stimmen entschieden, die Motion abzuändern; 9 Stimmen waren also für die Abänderung, 3 Stimmen waren für die Annahme der Motion in unveränderter Fassung. Die Minderheit wird sich anschliessend dann sicher auch einbringen.

Ich danke Ihnen, wenn Sie der Kommissionsmehrheit folgen.

Graf Maya (G, BL): Ich vertrete gerne die Minderheit. Sie möchte nämlich am ursprünglichen Anliegen der Motion des Nationalrates festhalten. Der Bundesrat soll, gestützt auf seine Kompetenz nach Artikel 14 Absatz 1 des Tierschutzgesetzes – die hat er nämlich –, beauftragt werden, ein Importverbot für tierquälerisch erzeugte Stopfleber zu erlassen. Die Produktion von Stopfleber ist extrem tierquälerisch und deshalb in der Schweiz auch seit vierzig Jahren verboten. Es gibt Alternativen für diese Delikatesse, und ein Importverbot würde Klarheit schaffen.

Das Stopfen von Gänsen und Enten ist bereits in fast allen europäischen Ländern verboten – aktuell noch mit wenigen Ausnahmen wie Frankreich, Ungarn oder Bulgarien –, weil immer mehr Staaten nicht mehr länger akzeptieren, dass Tiere enorme und unnötige Qualen erleiden müssen, nur um aus ihnen eine Delikatesse herzustellen. Für die Produktion von Stopfleber werden die betroffenen jungen Gänse und Enten zwei- bis dreimal täglich mit einem Rohr gestopft, das brutal in den Magen eingeführt wird. Sie können sich vorstellen, welche Tortur das für diese Tiere ist; das ist bereits seit Jahren wissenschaftlich anerkannt. Am Ende dieses



Prozesses wiegen die Lebern von Enten bis zu 700 statt der üblichen 70 bis 80 Gramm, was den Tieren Schmerzen bereitet, Druck auf andere Organe ausübt und Atembeschwerden verursacht – Sie können es sich vorstellen. Das heisst, diese Tiere sind zutiefst krank, weil sie eigentlich für die Herstellung einer Delikatesse erhalten müssen und gemästet werden.

Anders als der Bundesrat befürchtet die Kommissionsminderheit nicht, dass ein Importverbot die internationalen Verpflichtungen der Schweiz verletzen würde. Wenn Importverbote protektionistische Ziele verfolgen, können sie völkerrechtlich nicht gerechtfertigt werden; das ist richtig. Dies wäre aber hier gerade nicht der Fall, da die Stopfmast in der Schweiz verboten ist – seit über vierzig Jahren, wie wir gehört haben. Folglich gibt es hierzulande gar keine Stopfleberproduktion. Ein Importverbot würde also nicht dazu führen, dass die ausländische Produktion schlechter behandelt würde als die inländische; die Verpflichtungen aus dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (Gatt), dem Übereinkommen über technische Handelshemmnisse sowie dem WTO-Abkommen würden in dieser Hinsicht gewahrt bleiben.

Internationale Abkommen schliessen Massnahmen nicht aus, die – ich zitiere – "aus Gründen der öffentlichen Sittlichkeit und des Lebens von Menschen und Tieren gerechtfertigt sind". Ich denke, wenn Sie zugehört haben, wie diese Tiere tierquälerisch gemästet werden, wissen Sie, dass das sicher der Fall ist. Weiter haben die WTO-Gremien ausdrücklich anerkannt, dass der Tierschutz einen Bestandteil der öffentlichen Sittlichkeit darstellt, sprich, dass das ein Inhalt ist und dazugehört.

AB 2023 S 669 / BO 2023 E 669

Dann noch ein Wort zur Deklarationspflicht, welche die Mehrheit der Kommission vorschlägt: Die Mehrheit hält die Deklarationspflicht für einen ersten guten Schritt. Hier ist aber zu beachten, dass eine Deklarationspflicht wahrscheinlich keine oder nur minime Auswirkungen auf die Einfuhr solcher tierquälerischen Stopfleber hätte. Leider haben wir ja bereits bei Pelzen Beispiele für die Wirkungslosigkeit einer solchen Massnahme erfahren müssen; hierüber haben wir uns unterhalten. Ausserdem waren die Vertreter der grossen Einzelhandelsunternehmen während des Konsultationsverfahrens diesbezüglich sehr deutlich. Für sie hätte eine solche Meldepflicht keinerlei Auswirkungen auf den Verkauf von Stopfleber. Es besteht also kein Zweifel daran, dass eine Entscheidung für die Meldepflicht eigentlich einer Entscheidung für den Status quo gleichkäme.

Aus diesen Gründen beantragt Ihnen die Minderheit der Kommission, der Motion in der ursprünglichen Fassung zuzustimmen und den Bundesrat zu beauftragen, ein Importverbot zu erlassen. So würde Klarheit herrschen, und wir hier in der Schweiz wären auch kohärent mit unserem eigenen Verbot dieser tierquälerischen Art und Weise, Tiere zu mästen.

Minder Thomas (V, SH): Für einmal kommt ein Tierwohl-Anliegen nicht aus der linken Ecke, sondern aus der rechten, und erst noch von einem Bauern. Wie Gänse und Enten mittels Zwangsfütterung gequält werden, ist uns allen bekannt, übrigens seit Jahrzehnten. Stopfleber ist Tierquälerei. Seit vierzig Jahren, wir haben es gehört, ist diese Methode in der Schweiz verboten. Diverse europäische Länder erlauben sie noch. Damit gelangt importierte Ware aus dieser abscheulichen Produktionsmethode weiterhin in die Schweiz.

Zwangsfütterung mit einem Metallrohr im Hals ist sicher nicht WTO-konform. Wir haben – auch das haben Sie gehört – diese Diskussion übrigens beim Fell der Robbenbabys bereits einmal in diesem Rat geführt. Ganz grundsätzlich ist es schlicht unsinnig, etwas in der Schweiz zu verbieten, um dasselbe via Hintertüre, über den Import, wieder zu erlauben. Diese Konstellation – wir haben sie heute Morgen bei den Pestiziden und den Lebensmitteln diskutiert – ist in diesem Parlament übrigens ein Dauerthema.

Wenn Sie nun konsequent sind, sollten zumindest all jene, die heute Morgen bei der Motion zu den Pestiziden Ja gestimmt haben, hier der Minderheit und dem Originaltext folgen. Die Schweiz importiert übrigens pro Jahr 200 Tonnen Stopfleber. Für ein kleines Land wie die Schweiz ist das ein gewaltiges Volumen. Die Mehrheit und der Bundesrat wollen den Import zulassen, wenn die Stopfleber deklariert ist. Nur: Die Deklaration ändert nichts an der Tatsache, dass Zwangsmast und Stopfleber immer noch tierquälerisch sind und tierquälerisch bleiben. Die Deklarationspflicht verbessert das Tierwohl nicht.

Ich bitte Sie, dem Minderheitsantrag zuzustimmen, welcher den ursprünglichen Wortlaut der Motion beibehalten möchte. Die Zwangsfütterung ist Tierquälerei, da gibt es schlicht kein Gegenargument.

Vara Céline (G, NE): Cela été dit à plusieurs reprises, la production de foie gras a été interdite sur le sol suisse depuis quarante ans. Pourquoi? Parce que cette pratique est cruelle et indéfendable. Tel en a décidé le législateur et, donc, nos prédécesseurs, à juste titre. Pourtant, nous continuons à importer ce produit comme si, effectuée hors de nos frontières, ladite pratique en était moins contestable. Nous pouvons tenter, au moyen d'arguments maladroits, de trouver des raisons impératives de continuer d'importer cette souffrance, que nous



ne tolérons pourtant pas ici. Le fait est que nous cautionnons ainsi le gavage violent d'animaux uniquement pour en manger le foie rendu malade.

En 2008, le Conseil fédéral a expressément interdit le gavage, reconnaissant qu'il s'agissait d'une pratique qui ne respecte pas la dignité des animaux et qui doit être considérée comme une maltraitance. Mais en 1978 déjà, en raison de l'interdiction générale de la maltraitance animale, le gavage était interdit sous le régime de la loi fédérale sur la protection des animaux, édictée cette année-là.

La production de foie gras d'oies et de canards gavés est d'une brutalité inouïe. Les animaux concernés sont gavés deux à trois fois par jour avec un tube introduit dans l'oesophage. Il s'agit d'une torture pour les animaux, ce qui est d'ailleurs reconnu scientifiquement depuis des années. A la fin de ce processus, les foies des canards pèsent jusqu'à 700 grammes au lieu des 70 à 80 grammes habituels, ce qui cause des douleurs à l'animal, exerce une pression sur d'autres organes et provoque des difficultés respiratoires.

En 1991 déjà, une motion pour l'interdiction de l'importation de foie gras produit de manière cruelle sur les animaux avait été déposée au Conseil national. Pas moins de 32 ans plus tard, la Suisse en est à peine à élaborer les bases d'une déclaration obligatoire. Il est temps d'agir et de prendre nos responsabilités, comme l'a fait le Conseil national en adoptant cette motion à une majorité des deux tiers, tous partis confondus.

Ces derniers mois, j'ai entendu dire qu'il en allait de notre "patrimoine culinaire", que les restaurateurs ne pourraient pas s'en passer. J'ai même entendu que cette interdiction d'importation allait causer la faillite de nombre d'entre eux. J'aimerais rendre au patrimoine culinaire suisse l'importance qu'il a réellement dans le débat. En Suisse alémanique et au Tessin, le foie gras n'est le fruit d'aucune tradition, je ne vous apprends rien. Nous ne sommes pas en train de parler du cervelas ou de la raclette. En Suisse romande, il n'est rien d'autre que la conséquence d'un marketing transfrontalier au sein d'une même aire linguistique et en aucun cas un héritage culturel. Ainsi peut-on rassurer celles et ceux qui, visiblement, à les entendre, ne peuvent s'en passer au petit déjeuner.

Cette interdiction ne porte que sur l'importation de foie gras provenant d'animaux gavés, laissant sauf le territoire suisse et ses produits. Par ailleurs, la motion ne porte pas sur les produits issus d'animaux non gavés. Souvenez-vous du Salon international de l'alimentation où, en 2006 – cela date, je l'avoue –, le prix du meilleur foie gras avait été remporté par une entreprise suisse qui confectionne ses produits sans aucun gavage. Non seulement le gavage n'est pas une condition nécessaire à la fabrication du foie gras, mais surtout les alternatives s'en accommodent déjà jusqu'à remporter des prix.

Non seulement cette motion interdirait l'importation de produits dont l'éthique et la pratique sont fortement contestées, mais elle permettrait l'essor d'un marché propre, qui nécessite un savoir-faire d'ores et déjà pratiqué par des entreprises suisses. Cette motion n'est rien d'autre qu'un condensé de bon sens et d'opportunité au bénéfice en premier lieu d'animaux maltraités.

La restauration suisse n'a absolument rien à craindre de cette interdiction d'importation. Les gens vont évidemment continuer d'aller au restaurant et s'accommoderont sans problème d'une absence de foie gras sur la carte, voire ne la remarqueront pas. Les restaurateurs qui souhaitent continuer à en proposer pourraient faire appel aux alternatives, suisses ou étrangères, issues d'élevages non gavés.

Est-ce que quelques Suisses et Suissesses iront en manger en France? Peut-être, mais ce sera une infime minorité de frontaliers et frontalières, qui le font d'ailleurs déjà. Je suis prête à parier qu'il n'y aura absolument aucune conséquence sur le chiffre d'affaires de la restauration suisse.

D'ailleurs, j'aimerais me pencher sur ce soi-disant report des consommateurs et consommatrices suisses sur les marchés étrangers. En 2018, l'étude Demoscope évaluait que seuls 38 pour cent des consommateurs actuels iraient en acquérir sur le marché français. Ces chiffres établis dans une situation où le produit est encore consommé, où les alternatives n'ont pas encore fleuri, laissent à penser que l'effet de cette interdiction serait durablement constaté, alors que plusieurs dizaines de millions de francs de recettes seraient perçus pour la vente de produits agricoles suisses.

A l'heure des réflexions autour de la souveraineté alimentaire, il est clair que cette motion concourt à promouvoir la production et la consommation de produits suisses par l'ouverture de marchés bien plus éthiques. Ainsi, dans un monde où la tendance est au déclin du foie gras, en interdire

AB 2023 S 670 / BO 2023 E 670

l'importation ne résoudrait pas seulement la posture inconsistante qui est la nôtre: l'interdiction promouvrait également les alternatives durables et éthiques. Elle dynamiserait l'économie suisse en ouvrant aux producteurs des marchés d'innovation alimentaire et elle contribuerait à réduire le nombre d'environnements de production, qui constituent régulièrement des foyers propices à l'émergence de zoonoses.

Pour toutes ces raisons, je vous prie de suivre la minorité Graf Maya.





Berset Alain, président de la Confédération: Je constate une fois de plus que vous avez l'habitude de m'inviter pour tous les sujets les plus faciles à aborder au Conseil des Etats. Celui-là est naturellement assez complexe, parce qu'il mélange toute une série d'éléments, qui vont d'éléments qui concernent la protection des animaux, qui passent par des éléments qui concernent le respect d'engagements internationaux pris par la Suisse et, il faut le dire – peut-être pas dans notre tradition, du moins pas aussi fortement que chez nos voisins et on le sent bien quand on aborde la question sur le plan officiel avec la France – avec beaucoup d'émotion pour ce qui est considéré comme une tradition; il n'y a pas d'autre terme qui peut s'appliquer ici. On a différents éléments qui entrent en résonance avec un résultat qui n'est pas très facile à trouver. C'est le premier élément que je voulais poser.

Le deuxième est que le Conseil fédéral, confronté à ces questions depuis un certain temps, a d'abord réalisé un rapport en 2020 sur les déclarations obligatoires des modes de production. Il avait été conclu à ce moment – c'était avant le dépôt de la motion, d'ailleurs, ou juste après, je pense – que le foie gras pouvait tout à fait faire l'objet d'une déclaration obligatoire. Il y a aussi eu une analyse d'impact de la réglementation – qui arrivait aux mêmes conclusions –, une discussion et une décision de base du Conseil fédéral sur la suite à donner. On parle du foie gras. C'est un sujet très émotionnel et il peut l'être avec les voisins français, il peut l'être en Suisse romande plus qu'ailleurs – on voit bien les différences dans le pays à ce sujet –, mais, en réalité, on a toute la question qui se pose dans un contexte un peu plus large. Cela ne concernera pas que les questions de déclaration des modes de production ou d'interdiction, qui peuvent concerner d'autres produits.

Le Conseil fédéral avait proposé de rejeter la motion. Il existe aussi et vous le savez – cela n'a pas été beaucoup discuté, mais je n'ai pas besoin de redire tout ce qu'a dit le rapporteur de la commission –, une initiative populaire qui vise à peu près le même but. En fait, elle va un peu plus loin que cette motion, car elle ne concerne pas que le foie gras mais aussi d'autres parties consommables des oies – je ne suis pas un grand spécialiste, mais il me semble que c'est cela.

Cette initiative populaire, on s'attend à ce qu'elle arrive bientôt sur notre table, même si on ne sait jamais ce qu'il en sera avant qu'elle ne soit déposée. On n'a pas l'habitude de freiner le travail ou de ne pas travailler parce qu'une initiative populaire arrive, mais, en l'occurrence, elle arrive bientôt. Probablement. On s'attend en tout cas à ce qu'elle arrive et, ce débat, vous devrez donc le poursuivre. Il ne va pas s'arrêter si facilement.

Donc, il nous semble aussi, dans ces conditions, vu les travaux qui ont été faits jusqu'ici, assez raisonnable de rejeter la motion avec pour argument que ce rejet n'aura pas pour conséquence qu'il n'y aura pas de débat, mais qu'il y aura un débat structuré par la suite, dans le cadre d'une initiative populaire, avec toutes les questions qui pourront se poser – contre-projet ou pas de contre-projet –, avec les discussions habituelles.

Mais maintenant, avec la modification de la motion, vous nous mettriez dans une situation un peu particulière, parce qu'il faudrait que la motion revienne au premier conseil et, si ce dernier l'adoptait, vous nous donneriez ensuite le mandat de faire quelque chose, alors que ce quelque chose entrerait de manière assez évidente en résonance avec une initiative populaire que l'on attend également. Il faudra donc voir comment on va pouvoir organiser le travail durant l'automne et l'hiver, parce que le délai pour le dépôt des signatures de l'initiative est, je crois, à la fin de cette année.

Et donc, pour nous, il eût été possible de rejeter la motion – c'est ce que le Conseil fédéral avait proposé – et d'attendre l'initiative populaire pour mener le débat. J'ai cru comprendre que personne ne veut aller dans cette direction et je ne vais donc pas insister non plus sur la position du Conseil fédéral.

Il existe maintenant deux positions dans votre conseil: l'une qui demande une modification de la motion pour exiger une déclaration obligatoire – et il est bien possible que ce soit l'un des débats que vous aurez dans le cadre de l'initiative populaire – et l'autre qui propose une interdiction immédiate, ce qui rendrait l'initiative populaire plus ou moins caduque. Je dis plus ou moins, parce que les divergences ne seraient pas tellement importantes.

Dans ces conditions, il me semble que la ligne la plus conforme à celle du Conseil fédéral serait de suivre la majorité de votre commission, en sachant toutefois que ce débat ne fait que commencer. Vous ne l'aurez pas résolu avec la décision d'aujourd'hui. Il va commencer parce que l'on s'attend à ce qu'il se poursuive dans le cadre d'une initiative populaire.

Je souhaite donc vous inviter, avec cette argumentation, et pour souscrire à tout ce qu'a dit le rapporteur de la commission, à soutenir la majorité de la commission.

Präsidentin (Häberli-Koller Brigitte, Präsidentin): Die Mehrheit der Kommission beantragt die Annahme der Motion gemäss ihrem Änderungsantrag in Ziffer 4 des Berichtes. Eine Minderheit Graf Maya beantragt, die Motion in ihrer ursprünglichen Form anzunehmen.



Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 20.3021/5923)

Für den Antrag der Mehrheit ... 18 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 18 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Mit Stichentscheid der Präsidentin

wird der Antrag der Mehrheit angenommen

Avec la voix prépondérante de la présidente,

la proposition de la majorité est adoptée